

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorauerdeutsches
Hofstraße 7
Nr. 554 Berlin NW. 7

(Sorauer Wochenblatt)

Meiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Fernsprecher Nummer 22 und 37
Cira-Ranto
bei der Reichsbank



Ercheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (frei beliebig): In Sorau in den Ausgabezeiten für August 50000 M., ins Haus gebracht 50500 M., auf dem Lande in den Ausgabezeiten der nahe Sorau gelegenen Ortschaften 50350 M., der weiter gelegenen 50650 M., ins Haus gebracht 504 M. mehr, durch die Post bezogen 50000 M. einm. Beistellgeld. — Werbentgelt, nur in der Geschäftsstelle Einrentenrate 2: 12500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits-einstellung oder Auswertung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (frei beliebig): Die 9 zeilenlange Kolonelle für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 800 Mark, für auswärtige Anzeigen 1600 Mark; im Kleinarbeit je gepaltene Kolonelle je Millimeterhöhe 2000 Mark, für auswärts 4000 Mark. — Für Anzeigen durch Fernsprecher angesetzt, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Abat nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Konturufen und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 192

Sonabend, den 18. August 1923

113. Jahrgang

Die wichtigsten Probleme der deutschen Politik.

Vom Rhein war in den vergangenen Jahren immer wieder der Ruf nach dem übrigen Deutschland ergangen: „Wir am Rhein erleben besser die Gefahr, die dem Reich von der französischen Politik droht. Wir sehen täglich die Vorbereitungen einer französischen Politik, um in den westlichen Reichsgebieten eine Situation zu schaffen, die es ermöglichen soll, über die Bestimmungen von Versailles hinaus doch das bei den Pariser Friedensverhandlungen der Alliierten entgangene Ziel zu erreichen, die rheinischen Gebiete in irgend einer Form unter die Hegemonie Frankreichs zu bringen, und so die längst erstrebte militärische und politische Rheinergrenze zu erreichen.“

Für jeden, der die französische Rheinlandpolitik, ihre Auswirkung im Rheinland und in der ganzen Welt beobachtet, war es schon längst klar, daß für die deutsche Außenpolitik auf lange hinaus jede Frage gegen Ende aus die Rheinlande, ihre Rettung für den deutschen Staat, hingenommen müsse. Die Monate seit dem Ruhrkampf haben das mit erschütternder Wirklichkeit dem ganzen deutschen Volk aller Parteirichtungen, aller Stämme, vor Augen geführt. Heute zweifelt keiner mehr daran, daß der Verlust des Rheinlandes nicht nur ein politisches Fiasko der deutschen Reichsregierung, sondern geradezu Schluß mit dem Reiche, mit dem deutschen Volksstaat bedeuten würde.

Klarer denn je hat sich in diesen Monaten auch erwiesen, daß auf den Gedanken um die Erhaltung der Rheinlande sich auch die Innenpolitik aufbauen müsse. Ohne daß die innere Kraft des gesamten Volkes sich erst auf eine solche Aufgabe hingelenkt ist, kann auch die Politik nach außen nicht mit der nötigen Kraft ihr Ziel verfolgen. Vor allem, da uns Deutschen jede auf Waffen gestützte Kraft verlagert ist, nur nichts einzusetzen haben als das moralische Gewicht des Rechtes. Unseres Rechtes auf die Freiheit alles dessen, was deutschen Namen trägt.

In Erkenntnis dieser Zusammenhänge und der wichtigsten Aufgabe der deutschen Reichspolitik muß es darum begründet werden, daß das neue Reichsministerium sich entschlossen hat, ein eigenes Ministerium für die besetzten Gebiete zu errichten, dessen höchste Aufgabe es sein muß, der deutschen Reichspolitik die Unterlagen für die Fragen der bedrohten rheinischen Gebiete zu verschaffen. Zu begründen ist es auch vor allem, daß an die Spitze des Ministeriums für die besetzten Gebiete ein Mann gestellt — Dr. Gutsch — wurde, der gerade in den letzten geschäftlichen Monaten mit dem größten Geschick und der größten Umsicht in weiten Kreisen der Bevölkerung des Rheinlandes und des umliegenden Gebietes für den Reichsgedanken und gegen die französischen Machenschaften der französischen Agenten im Rheinland gewirkt hat.

Dr. Gutsch — wurde, der gerade in den letzten geschäftlichen Monaten mit dem größten Geschick und der größten Umsicht in weiten Kreisen der Bevölkerung des Rheinlandes und des umliegenden Gebietes für den Reichsgedanken und gegen die französischen Machenschaften der französischen Agenten im Rheinland gewirkt hat.

Die Reparationsfrage.

Der Londoner Berichterstatter des M. I. B. erzählt, daß in englischen politischen Kreisen angeblich große Optimismus über die Möglichkeit einer Vereinbarung der Alliierten mit der Reparationsfrage herrscht. Die Tatsache, daß gut unterrichtete Pariser Organe die Frage einer Sachverständigenkonferenz, sowie den im Bonner Sachverständigenrat enthaltenen Beitrag von 50 Milliarden Goldmark als Leistungsfähigkeit Deutschlands erachten, läßt nach englischer Ansicht darauf schließen, daß in gewissen französischen Kreisen der englische Vorschlag größere Beachtung findet, als bisher hätte angenommen werden können, und daß er daher als Verhandlungsgrundlage angesehen werde.

Die Reparations-Kommission gegen die Goldanleihe.

Paris, 16. August. Ein Kommissar der Reparationskommission teilt heute abend mit, daß die Kommission sich in der Sitzung vom 14. August mit der neuen deutschen Goldanleihe befaßt habe, und mit Stimmenmehrheit bei Stimmhaltung des englischen Delegierten beschloffen habe, an Deutschland ein Schreiben zu richten, in dem ein Vorbehalt gegen die deutsche Goldanleihe formuliert wird.

Dieser Brief ist am Dienstag abend der Kriegsstimmkommission überreicht worden. Er trägt aus, daß die Tatsache, daß die deutsche Regierung es nicht für notwendig gehalten habe, auf Grund des § 248 des Verfallers Vertrages die Kommission um eine Ausnahme-ermächtigung von diesem Artikel zu eruchen, es für die Reparationskommission notwendig mache, einen ausdrücklichen Vorbehalt zu formulieren, sowohl gegenüber den Unterzeichnern der deutschen Goldanleihe als auch den übrigen Anteilhabern hinsichtlich ihres Prioritätsrechtes an den Sicherheiten, die die deutsche Regierung für die Zahlung der Zinsen und die Kapitalamortisierung der Anleihe bezeichnen wird. Einen Vorbehalt aber müsse die Reparationskommission auch insbesondere hinsichtlich dieser außerordentlichen Einnahme selbst machen, die von ihr eventuell für die Entlastung der Reparationsanwartschaften in Anspruch genommen werden kann.

Die Reparations-Kommission hat sich damit wohl wieder als das gesiegt, als was die eng-

lische Note an Frankreich sie kürzlich deutlich genug gekennzeichnet hat, nämlich als ein Versuch der französischen Politik. Es soll hier nicht weiter erörtert werden, ob für den Einspruch dieser Kommission ein formaler Rechtsgrund herbeigeführt werden kann. Das ist völlig belanglos im Hinblick auf die Tatsache, daß die Goldanleihe in Verbindung mit dem Steuerprogramm der Sanierung der deutschen Finanzen dienen, den Sturz der Mark aufhalten und schließlich eine Unterlage für jede Reparationszahlung bilden soll. Sie stellt eine der Maßnahmen dar, die gerade von den gegenwärtigen Mächten immer wieder von Deutschland gefordert worden sind. Erst behauptet man also Deutschland, den Bankrott abschließend herbeigeführt zu haben, sobald aber ernstliche Schritte zur Gesundung der Reichsfinanzen unternommen werden, mäht man der deutschen Regierung abschließend Steine in den Weg.

Der wahre Grund dieses neuesten Beschlusses der Reparations-Kommission ist die Furcht Frankreichs, daß Deutschlands Kapitulation durch die Besserung seiner Finanzlage und durch die innere Beruhigung, die gerade von der Goldanleihe ausgehen sollte, verzögert werden könnte. Deshalb soll die Goldanleihe mit allen Mitteln zu einem Schlags ins Wasser gemacht werden. Geradezu unerhört ist die Drohung, die Zeichner der Anleihe um die ihnen garantierten Sicherheiten und das Reich um den Ertrag der Anleihe zu bringen.

In der Antisemitischen deutschen Presse konnte man gerade gestern wieder über den Stimmungswechsel in Paris ausfinden, daß die deutsche Seite als Folge der Regierungsübernahme durch Stresemann sehen. Dieser neueste Beschluß der völlig unter französischem Einfluß stehenden Reparations-Kommission zeigt, daß der Vernichtungswille Poincarés nach wie vor unbegrenzt ist.

Der amerikanische Standpunkt.

Paris, 16. August. Die neuerdings wieder über eine Anteilnahme der amerikanischen Regierung an der Reparationsfrage in der Presse aufgetauchten Meldungen sollen, dem „New York Herald“ zufolge, das amerikanische Staatsdepartement für Auswärtiges zu einer Präzisierung des amerikanischen Standpunktes veranlaßt haben. Präsident Coolidge werde genau die von Amerika seit drei Jahren eingehaltene politische Richtung weiter verfolgen und an der von Staatssekretär Hughes vor sechs Monaten abgegebenen Erklärung festhalten. Die Stellungnahme Amerikas sieht sich somit ungefähr dahin zusammengefaßt: Die Vereinigten Staaten sind der Ansicht, daß eine Sachverständigen-Kommission die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellen sollte; sie wollen aber in keiner Weise Europa ihren Standpunkt aufzwingen. Sämtliche Alliierten sollten freiwillig diesen Standpunkt zu dem ihren machen.

Frankreichs Bericht von Zugeländnissen.

Paris, 16. August. Am nächsten Sonntag wird der französische Ministerpräsident in Charleville eine Rede halten, in der er sich besonders mit den Erklärungen Dr. Stresemanns im Deutschen Reichstag befassen will. Es wird behauptet, daß er diese Gelegenheit dazu benutzen will, um einige Möglichkeiten für eine Verständigung mit Deutschland anzudeuten. Man spricht sogar davon, daß Frankreich jetzt zu gewissen Zugeländnissen in der Frage der Einstellung des passiven Widerstandes bereit ist.

Die liberalen Blätter geben auch bereits einige Gedanken in dieser Richtung bekannt. Doch muß man noch stark bezweifeln, ob ihre Ansicht sich mit der der französischen Regierung deckt. „Le Nouvelliste“ zum Beispiel erklärt, Frankreich könne ganz gut das Ruhrgebiet im Austausch für ein französisches Wirtschaftsabkommen über die Neutralisierungen freigegeben. Eventuell könne man sogar so weit gehen, auch das Rheinland gegen Zahlung von Währungsnoten zu räumen. Stelle so Frankreich die Unversicherheit des deutschen Gebietes wieder her, so werde das zur Befriedigung Europas und zur Besänftigung

der beiden Völker beitragen. Ein Wirtschaftsabkommen würde Frankreich mehr Geld verschaffen und seinen Wohlstand steigern. Auch andere Völker, wie das „Denmark“, sprechen ähnliche Gedanken aus.

Schroff ihnen gegenüber steht jedoch das „Echo National“, in dem Tardieu erklärt, daß die Rückpolitik von Anfang an inkompetent gewesen sei, indem sie nicht sofort die politische, wirtschaftliche und finanzielle Spolien Frankreichs im Ruhrgebiet gefaßt habe.

Diese Gegenätze sind ein Zeichen, daß eine Erung in den politischen Kreisen Frankreichs im Gange ist. Man muß sich jedoch hüten, die französische Politik gegenüber England mit ihrer wirtschaftlichen Politik zu verwechseln. Es erscheint entschieden verfehlt, von einem Umfassung der französischen Politik zu sprechen. Sie könnte erst zur Tatsache werden, wenn das Band mit England vollkommen durchschnitten ist. Und auch dann würde die Situation für uns äußerst ungünstig sein.

Frankreich und England.

Paris, 16. August. Savas berichtet, daß die französische Antwort auf die englische Note in naher Zukunft fertiggestellt sein werde. Sie werde vor ihrer Veröffentlichung in London und Brüssel zur Kenntnis gebracht werden. Man verleihe die französische Note werde in der entgegenkommenden Weise abgefaßt sein. Sie werde sich nicht darauf beschränken, Punkt für Punkt die Forderungen und Vorbehalte der englischen Regierung zu beantworten, sondern sie werde eine allgemeine Darlegung der französischen Politik bezüglich der Lösung der Reparationsfrage enthalten.

Das „Journal des Débats“ in der Ansicht, daß die letzten Telegramme aus London einen gewissen Fortschritt in dem englisch-französischen Verhältnis bedeuten. Man könne insbesondere sagen, daß die britische Regierung merke, daß sie mit der Bestätigung der Gesellschaft der Ruhrbesetzung keinen glücklichen Gedanken gehabt habe. Das „Journal des Débats“ ist überhaupt der Ansicht, daß es unerlässlich sei, diese Frage ganz aus dem Spiel zu lassen. Die Debatte werde sich nur auf ein Abkommen beziehen, aufgrund dessen Frankreich und Belgien die Summen erhalten sollten, die für ihre Reparationen als notwendig angesehen würden, und auch Großbritannien die 14,2 Milliarden Goldmark, die es verlange. Das Blatt ist aber damit unzufrieden, daß in der neuen Reutersnote wiederum die Idee einer internationalen Sachverständigen-Kommission aufgetaucht. Es müsse kategorisch erklärt werden, daß Frankreich diesen Vorschlag unter keinen Umständen zu billigen könne. In erster Linie deshalb, weil eine solche Kommission, die in der Sache aus dem Hinteren belien wäre, sicherlich einseitig und allein die augenblickliche, vorübergehende Lage des Deutschen Reiches berücksichtigen und feststellen würde, daß seine gesamte Zahlungsfähigkeit gleich Null sei. Eine solche Kommission könne also, ohne es vielleicht bemerkt zu wollen, nur Deutschland beihilflich sein, „das gleiche Mandat, das es seit 1919 betrieben habe“, mit einem entgeglichen Erfolg abzuschließen. Solange man nicht also ein für alle Mal in London auf diesen Plan verzichte, könne nicht davon die Rede sein, daß Abmachungen bevorstünden. Man dürfe in England davon überzeugt sein, daß Frankreich den einzigen Wunsch habe, die Entente wieder herzustellen und daß Frankreich die größten Anstrengungen dafür machen werde. Frankreich könne aber nicht seine vitalen Interessen opfern, die in diesem Punkte fast ausschließlich mit denen Englands identisch seien. Sollte England in augenblicklicher Verblendung das Spiel Deutschlands betreiben, dann würde ein für alle Tag kommen, wo es dies zu bereuen hätte.

Die „Times“ wiegelt ab.

London, 16. August. „Times“ schreibt heute in einem Leitartikel, es sei behauptet worden, daß die letzte englische Note einen Bruch der Entente bedeute. „Times“ lehnt es ab, zu glauben, daß dies ein notwendiges Ergebnis ist. Dies werde auch in Deutschland anerkannt. In seiner Reichstagsrede vor seiner Ernennung zum Reichskanzler habe Stresemann bemerkt, es sei Torheit, sich einzubilden, daß ein Bruch der Entente Deutschland zugutekommen würde, da im Fall eines Bruchs Deutschlands die Kosten zu tragen habe. Es müßte in Frankreich ebenso klar wie in England erkannt werden, daß die Entente ein mächtiges Werkzeug für das allgemeine Gange sein könne.